GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Transformation von Geschlechterverhältnissen und Persistenz maskulinistischer Staatlichkeit: Staats- und Familienbilder im postsozialistischen Kroatien

Malenica, Brigita

2015

https://doi.org/10.25595/3431

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Malenica, Brigita: *Transformation von Geschlechterverhältnissen und Persistenz maskulinistischer Staatlichkeit: Staats- und Familienbilder im postsozialistischen Kroatien*, in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 24 (2015) Nr: 2, 41–54. DOI: https://doi.org/10.25595/3431.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v24i2.20975

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Transformation von Geschlechterverhältnissen und Persistenz maskulinistischer Staatlichkeit: Staats- und Familienbilder im postsozialistischen Kroatien

BRIGITA MALENICA

Nach der Retraditionalisierung: Transformation als Herausforderung postsozialistischer feministischer Staatskritik

Die Folgen, die der politische und gesellschaftliche Umbruch von 1989 in den postsozialistischen Ländern für Frauen brachte, wurden von feministischen Aktivistinnen und auch von Wissenschaftlerinnen häufig als Retraditionalisierung der Geschlechterverhältnisse beschrieben. Kritisiert wurden damit sowohl der Rückgang weiblicher Repräsentation in Politik und Ökonomie als auch die erneuerte, aus der Zeit der Nationalstaaten wiederkehrende symbolische Vereinnahmung von Frauen als Gebärerinnen der Nation. Insbesondere im postjugoslawischen Kontext diente der Begriff der Retraditionalisierung lokalen Feministinnen der Verteidigung des emanzipatorischen Versprechens, das der sozialistische Staat den Frauen in Form rechtlicher und sozialer Gleichstellung gegeben hatte. Hatte sich der jugoslawische sozialistische Staat als emanzipatorischer Staat verstanden und seine Legitimation auf einer breiten Partizipation des arbeitenden Volkes und damit auch von Frauen an der sozialistischen Herrschaftsstruktur gegründet, so baut das postsozialistische Staatsverständnis auf dem Gedanken ethnonationaler Souveränität auf. Die Idee, dass die ethnische Homogenität des Staates die notwendige Voraussetzung für die Sicherheit der Nation darstelle, erwies sich als eine der dominanten Legitimationsstrategien postjugoslawischer Staatsbildungsprozesse (Bianchini 1998, 78). Deutlich abzulesen ist dieser Staatsdiskurs auch an den politischen Ideen des ersten kroatischen Staatspräsidenten und zum Vater der Nation erhobenen Franjo Tuđman (1990-1999). Mit seinen Texten bestätigte er die Vorstellung einer historisch konstanten kroatischen Staatlichkeit, die von jeher auf das Ziel nationaler Souveränität ausgerichtet gewesen sei, und gab ihr in seinem Handeln eine konkrete politische Form. In diesem Transformationsprozess des Staates wurden Frauen ebenso wie Minderheiten zum Objekt staatlichen Handelns (Bianchini 1998, 73), während politische Subjektivität an das Ziel gebunden wurde, mit dem ethnisch definierten Nationalstaat eine wehrhafte politische Gemeinschaft zu schaffen. Flankiert wurde der politische Diskurs nationaler Bedrohung zugleich von Vertretern der Kirchen, die mit ihrem Opferdiskurs ebenfalls die Frau als Hüterin der Nation in die Pflicht nahmen (Kesić 1994).

Die „Bemanntheit“ (Sauer 2001, 134) postjugoslawischer Staatlichkeit offenbarte sich nicht zuletzt an der stark reduzierten politischen Repräsentation von Frauen in den 1990 gewählten Parlamenten, die im kroatischen Sabor nur mehr 4,7%, in der

serbischen Skupština gar nur noch 1,6% betrug (Leinert Novosel 2001). Angesichts dieser offenkundigen männlichen Dominanz beschrieben feministische Arbeiten die Auswirkungen der postsozialistischen Transformation ebenfalls als „Remaskulinisierung" der Politik (Kreisky 1996). Mit der Diagnose einer Retraditionalisierung und Remaskulinisierung sollten aber nicht nur der Ausschluss von Frauen aus den neuen demokratischen Machtstrukturen und die Rückkehr zu vermeintlich überwundenen traditionellen Geschlechterverhältnissen beschrieben werden. Im Fokus der postjugoslawischen feministischen Kritik stand denn auch neben der Logik des postsozialistischen Nationalstaates die ethnonationalistische Gewalt der jugoslawischen Zerfallskriege (1991-1995) (Jalušič 1992). Die im politischen Diskurs der postsozialistischen nationalen Eliten vollzogene Rückkehr zu traditionellen Geschlechterverhältnissen, die den biologischen und kulturellen Erhalt der eigenen Nation sichern sollen, lieferte in Ländern wie Kroatien, Slowenien oder Serbien daher nicht nur aufgrund der damit einhergehenden Demographie- und Familienpolitik Anlass für feministischen Widerstand (Špehar 2007, 158-177). Es waren letztlich die sexualisierte Kriegsgewalt und insbesondere die systematischen und vielfachen Vergewaltigungen von Frauen im Bosnienkrieg,[1] die die feministische Kritik an der nationalen „Instrumentalisierung" von Frauen umso mehr bestärkte. Die Abwehr gegen die politische Indienstnahme von Frauen als Mütter – die emblematisch für die Retraditionalisierung der Geschlechterverhältnisse steht – richtete sich zugleich gegen eine den Krieg legitimierende Idee des Nationalstaates und die damit verbundene männliche Erzählung sowie ihre „maskulinen Akteure" (Iveković/Mostov 2002, 10). Die feministische Analyse blickte im Zuge dessen vor allem auf die in Kultur und Medien dominante Repräsentation von Frauen und wies auf das fortlebende Muster tradierter Geschlechterhierarchien sowie ihre neue Medialisierung in der postsozialistischen ökonomisierten Öffentlichkeit hin (u.a. Jambrešić Kirin/Škokić 2004).

Während die kulturelle Funktion der Frau innerhalb der symbolischen Konstruktion der Nation als natürliche Ordnung von feministischer Seite eine hohe Aufmerksamkeit erfuhr, blieb sowohl die Komplizinnenschaft von Frauen als auch die Rolle von Männlichkeiten in der Etablierung einer ethnonationalen, auf konservativen Werten gegründeten politischen Gemeinschaft unterbeleuchtet. So wurde z.B. die Frage, inwiefern sich die retraditionalisierten Geschlechterverhältnisse auch auf männliche Subjektivierungsweisen beschränkend auswirken – zumal im Vergleich zu sozialistischen Männlichkeitskonstruktionen – kaum gestellt.[2] In den letzten 25 Jahren ist der Anteil weiblicher Abgeordneter im kroatischen Sabor gewachsen, stagniert aber zugleich bei 20%[3], es gibt Erfolge feministischer Politik (vgl. auch den Beitrag von Kersten-Pejanić) und die Arbeitswelt feminisiert sich zunehmend. Vor diesem Erfahrungshorizont stellt sich die Frage, ob die Anfang der 1990er-Jahre konstatierte Retraditionalisierung der kroatischen Gesellschaft tatsächlich dauerhaft Eingang in den neu entstandenen Nationalstaat gefunden hat. Ist nicht vielmehr von einer beständigen Transformation der Geschlechterverhältnisse auszugehen, die sich auch

in der Öffnung der höchsten politischen Ebene für Frauen widerspiegelt? Wie ist die Tatsache angemessen zu bewerten, dass seit Januar 2015 mit Kolinda Grabar-Kitarović das höchste Staatsamt in Kroatien von einer Frau, zumal aus der nationalkonservativen HDZ (Hrvatska demokratska stranka) gestellt wird, und bereits in den Jahren 2009 bis 2011 mit Jadranka Kosor, ebenfalls HDZ, eine Frau als Premierministerin die wichtigste politische Position im Land inne hatte? Welche Gültigkeit besitzt schließlich die These von der Remaskulinisierung des Politischen auch heute noch, und mit welchem Zugang ist vor dem Hintergrund einer beständigen Transformation von Geschlechterverhältnissen und der Transformation von Staatlichkeit der „Mann im Staat" (Wendy Brown) zu fassen?
Um einer Antwort auf diese Fragen näher zu kommen, erweist es sich als notwendig, die theoretischen Grundlagen feministischer Kritik an der postsozialistischen Remaskuliniserung des Staates weiterzudenken. Das Ziel des vorliegenden Beitrags ist daher ein zweifaches: zum einen sollen aktuelle Ansätze feministischer Staatstheorie mit postjugoslawischer feministischer Staatskritik zusammengedacht werden. Auf diese Weise wird die Transformation postsozialistischer Staatlichkeit als ein anhaltender Prozess beschrieben, der eng mit der Transformation von Geschlechterverhältnissen verknüpft ist. Zum anderen ist es das Ziel, mit einem theoretischen Zugang, der die Konstitution von Staatlichkeit aus einer diskurstheoretischen Perspektive betrachtet, die maskulinistische Fundierung politischer Strukturen und politischer Institutionen anhand des politischen Diskurses analysierbar zu machen. Die Siegesrede, die nach den letzten kroatischen Präsidentschaftswahlen von der erfolgreichen Kandidatin Grabar-Kitarović am 15. Januar 2015 gehalten wurde, dient schließlich als Beispiel für eine auf den erarbeiteten theoretischen Prämissen aufbauende Analyse aktueller postsozialistischer Staatlichkeit in Kroatien. Im Fokus steht die Frage nach der anhaltenden Relevanz des staatsbildenden Denkens in Kroatien, das das kroatische Staatsprojekt seit den 1990er-Jahren prägt, und nach den darin transportierten vergeschlechtlichten Vorstellungen von Staatlichkeit. Inwieweit verändern sich hegemoniale Staats- und Familienbilder, wenn sie durch eine hoch positionierte Frau vertreten und neu formuliert werden?

Das Geschlecht des postsozialistischen Nationalstaats: Vom „Gesetz des Vaters" zur „maskulinistischen Staatlichkeit"

Mit den kriegerischen Ereignissen des jugoslawischen Zerfallsprozesses konfrontiert, arbeitete insbesondere die Philosophin Rada Iveković als Repräsentantin eines jugoslawischen Feminismus, der in den 1970er-Jahren aus der Verbindung feministischer und marxistischer kritischer Theorie entstand, die geschlechtlichen Implikationen postsozialistischer Transformation von Staat und Gesellschaft als Ausdruck einer männlich geprägten Nationsbildung heraus. Da sie als eine der wenigen Autorinnen den postsozialistischen Nationalstaat und seine männliche Fundierung aus der Perspektive feministischer politischer Philosophie betrachtete (z.B.

Iveković 1993 und 2001) und zugleich die marxistische Staatskritik durch einen poststrukturalistischen Ansatz ablöste[4], dienten ihre Texte nicht selten anderen, empirisch ausgerichteten feministischen Arbeiten als wichtige theoretische Referenz. Der staatstheoretische Gehalt ihrer Texte steht zugleich in der Tradition einer feministischen Theorie, die nach dem Wesen des patriarchalen Staates fragt.

In ihrer psychoanalytisch argumentierenden Subjektkritik beschreibt Iveković den Ausschluss von Frauen aus dem Projekt des Nationalstaates sowohl als Folge westlicher und christlicher Denktraditionen als auch männlicher Sozialisation. Zentraler Angelpunkt ihrer Erklärung des Zusammenhangs zwischen der Reproduktion männlicher Herrschaftsansprüche, gewaltsamer Staatsbildung und nationaler Gemeinschaft stellt sie die männliche Subjektbildung über die Filiation, sprich das Vater-Sohn-Verhältnis, dar. In Anlehnung an die französische feministische Theorie steht für Iveković die westliche Konstruktion eines männlichen autonomen Subjekts in enger Verbindung mit der Abwertung des Weiblichen. Die Ausrichtung des Sohnes am Gesetz des Vaters und am männlichen Herrschaftsmodell gehe demzufolge als Akt der Selbstschöpfung mit der Ablehnung der Tatsache einher, vom anderen Geschlecht geboren worden zu sein. Da gesellschaftliche Machtverhältnisse und die ihr eingeschriebene symbolische Ordnung auf „vor-existente Machtkomplexe“ (Iveković 1993, 115) aufbauten, diene die symbolische Ordnung der Geschlechterverhältnisse der Sicherung von Herrschaftsverhältnissen. Die zentrale Bedeutung der Vaterfigur gehe schließlich auf die religiöse Symbolordnung zurück, die im historischen Kontext der politischen Transformation die sozialistische Imagination der Gesellschaft ablöste.

Iveković identifiziert die Transformation zum Nationalstaat schließlich mit der Etablierung einer geschlossenen ethnischen Gemeinschaft, die das politische Modell der offenen Gesellschaft ersetzt habe. Die Fundierung des nationalen Bruderbundes führt sie überdies auf die Suche des männlichen Subjekts nach Identität mit der Vaterfigur zurück, das seine Verwirklichung letztlich in der nationalen Gemeinschaft der Brüder als Gemeinschaft der Gleichen finde. Das im Bildnis der Jungfrau Maria verkörperte Ideal der Nation – „das nicht spricht“, aber die Gemeinschaft der Brüder unter den Schutz seiner Mütterlichkeit stellt und „die Gleichwertigen aufnimmt“ – schaffe die Symbiose zwischen Individuum und Gemeinschaft, zwischen Bruderschaft und „väterlicher Ordnung“, der sich die Gemeinschaft der Brüder unterwerfe (Iveković 2001, 151). Die Frau stehe hingegen vor dem Dilemma, im Verhältnis zum Vater stets das andere Geschlecht und damit auch die Andersartigkeit zu repräsentieren. Die „Geburt der Nation“ stehe daher für die männliche Selbstschöpfung und die Souveränität des männlichen Subjekts. Während die politische Filiation und die patriarchale Familie die Kontinuität der Gemeinschaft der reinen Abstammung sichere, werde zugleich die Entstehung einer Öffentlichkeit verhindert, in der sich das Politische und damit eine offene Gesellschaft herausbilden könnten (Iveković 1993, 120).

Da Ivekovićs Kritik am Nationalstaat eine universal formulierte Kritik an männlicher Herrschaft im Nationalstaat und an der damit verbundenen Gewalt des Krieges

anbot, kam ihren Texten auch eine wichtige Scharnierfunktion für die Artikulation eines transnationalen postjugoslawischen Feminismus zu. Gleichzeitig erweist sich gerade die von ihr vorgenommene Universalisierung eines männlichen Nationsbildungsprozesses, die sie im Anschluss an die französische Differenzphilosophie entwickelte, als problematisch. Denn während sie einerseits die symbolische Idealisierung und Essentialisierung der Frau im Nationalstaat als Kontrolle unzuverlässiger Weiblichkeit und als Ausschluss realer Frauen dechiffriert (ebd., 123), schreibt sie andererseits dem männlichen, in der Filiation gefangenen Subjekt des Nationalstaates, das aus dem philosophischen Universalismus zehrt, selbst eine universale Form zu. Darüber hinaus stellt sie der männlichen Sozialisation, die darauf ausgerichtet sei, in der männlichen Linearität die Grenzen der ethnischen Gemeinschaft zu wahren, die weibliche Sozialisation gegenüber, die davon geprägt sei, Beziehungen aufzubauen und Grenzen zu überschreiten (ebd., 117-118). Aus dieser unterschiedlichen psychosozialen Konstitution von Geschlecht leitet Iveković schließlich ein Konzept weiblicher Gewaltlosigkeit ab, die zwar die Verflechtung von Frauen in Gewalt- und Machtverhältnisse nicht leugnet, aber ihr keine spezifische analytische Relevanz zuschreibt (ebd., 121). Indem sie die vergeschlechtlichte symbolische Struktur des Nationalstaats aus der Perspektive der Sozialisationstheorie und Psychoanalyse anhand eines nicht genauer verorteten, aber westlichen philosophischen und religiösen Diskurses analysiert, verwischt sie nicht nur die Analyseebenen. Auch führt sie so über die Hintertür eine eigene Festschreibung von Geschlecht als Produkt von vergeschlechtlichten Sozialisationsprozessen, aber auch eines Nationalstaates ein, den sie als Produkt des ideellen Erbes der Aufklärung beschreibt. Auf diese Weise bleibt nicht nur unklar, was die spezifische Transformation des jugoslawischen Staates zu ethnisch definierten postsozialistischen Nationalstaaten ausmacht, sondern ebenso, welche Funktion die gesellschaftliche Zuschreibung von Männlichkeiten, z.B. als hegemonial (Scholz/Willms 2008), innerhalb dieses Prozesses übernimmt. Trotz Ivekovićs poststrukturalistischem Hintergrund scheinen aus diesen Gründen sowohl der Nationalstaat, seine Geschlechterordnung als auch die in ihm gelebten Geschlechterkonstruktionen eine unveränderbare Konstante darzustellen.

Der poststrukturalistische und diskurstheoretische Zugang zur Macht, mit dem die Mikroformen der Macht in den Vordergrund gesellschaftstheoretischer Überlegungen rückten, ermöglicht jedoch auch, Herrschaft als Produkt von komplexen Machtverhältnissen zu denken. Der Staat erweist sich in diesem Licht nicht mehr als reines Elite-Projekt, sondern als Beziehungsgeflecht. Im Zuge dessen, aber auch vor dem Hintergrund des neoliberalen Umbaus des Staates, stellt sich der Staat auch in der feministischen Theorie nicht mehr als einheitlicher Souverän, sondern als „Set von Arenen“ dar (Pringle/Watson 1992, 53). Die gegenwärtige poststrukturalistisch beeinflusste feministische Staatsdiskussion zeichnet sich daher durch eine diskursgestützte Geschlechtertheorie, ideologiekritische Ansätze sowie der Einsicht in den Prozesscharakter des Staates aus. Nicht nach dem Wesen des Staates wird infolgedessen gefragt, sondern nach der vergeschlechtlichten Konstitution des Staates.

Nicht der Staat als feststehende Institution, sondern die Staatsbildung und die mit ihr verknüpften unterschiedlichen Polities sind es, die mit ihren Geschlechterprojekten das feministische analytische Interesse am Staat leiten (Walby 2000, 529). Da nunmehr davon ausgegangen wird, dass Geschlechterregime und die mit ihnen verbundenen Subjektivierungsprozesse der Individuen historisch wandelbar sind, kann auch nicht mehr von einer im Staat repräsentierten universalen Männlichkeit gesprochen werden. Insofern muss auch die Frage nach der Rolle des Staates in der Reproduktion von Männlichkeiten und von patriarchalen gesellschaftlichen Verhältnissen neu gestellt werden. Da der Staat infolgedessen nicht mehr nur als Instrument betrachtet wird, das der Durchsetzung von Herrschaft dient, kann auch die „Eroberung der Staatsmacht" nicht mehr das genuine Ziel feministischen politischen Handelns darstellen. Vielmehr geht es nun um die geschlechterdemokratisch ausgerichtete „diskursive Herstellung und Transformation staatlicher Arenen" (Löffler 2011, 223). Feministische Staatstheorie, die sowohl nach der Rolle des Staates in der Herstellung und Aufrechterhaltung als auch in der Veränderung von Ungleichheitsverhältnissen fragt, ist insofern ebenfalls als Intervention in ein „Herrschaftswissen" (Sauer 2008, 20) zu verstehen, das den Staat, die Gesellschaft und die Geschlechterverhältnisse strukturiert. Als einer der Effekte eines solchen Herrschaftswissens ist auch die Remaskulinisierung des Staates zu betrachten, wie sie seit den 1990er-Jahren im Umbau des „demokratischen Verwaltungsstaates" (Löffler 2011, 165) zu beobachten ist. Parallel zeigt sich die postsozialistische Transformation von Staatlichkeit ebenfalls geprägt von einer Stärkung maskulinistischer, sprich traditioneller und militarisierter Männlichkeitsideale. Die deutlich sichtbare Remaskulinisierung des Staates im postjugoslawischen Kontext ist allerdings nicht allein aus den Zerfallskriegen und der damit verbundenen Aktivierung heroischer Männlichkeit zu erklären. Auch der postsozialistische Umbau von staatlich gestützten Herrschaftsverhältnissen bleibt als Analyserahmen relevant. Es bedarf hier zusätzlich, neben einer stärkeren Auseinandersetzung mit dem lokalen feministischen Wissen, der Betrachtung der mehrdimensionalen Wirkungsweisen von Staatlichkeit auf Geschlechterverhältnisse und auf vergeschlechtlichte Subjektivierungsprozesse.

Hierfür bietet etwa Birgit Sauer ein Modell an, das Staatlichkeit *erstens* als „soziales Kräftefeld" versteht, auf dem nationalstaatliche Klassen-, Geschlechter- und ethnische Regime als gesellschaftliche Machtverhältnisse entstehen. *Zweitens* kann der Staat als Kompromiss von gesellschaftlichen Interessen und Mächten gefasst werden, die dazu beitragen, politische Institutionen und Normen zu generieren. *Drittens* ist Staatlichkeit als Diskurse „über soziale Zusammenhänge und Identitäten" zu lesen, mit welchen über hierarchisierende Trennungsparadigmen (z.B. privat und öffentlich, heterosexuell und homosexuell) zugleich Subjektpositionen angeboten werden. *Viertens* eignen sich die Individuen die ihnen angebotenen Subjektpositionen mit der Ausbildung von Identitäten in individuellen Praktiken selbst an (Sauer 2008, 20-21). Mit Hilfe dieses Modells sowie eines gouvernementalitätstheoretischen Zugangs ist es möglich, die Ambivalenzen geschlechtlicher Subjektivierungen in den Blick

zu nehmen (Ludwig 2009), die postsozialistische, den Nationalstaat generierende und zugleich neoliberale Transformationen von Staatlichkeit hervorbringen. Der folgende Abschnitt soll anhand politischer Aushandlungsprozesse in Kroatien das Konzept maskulinistischer Staatlichkeit für die Analyse von diskursiven Geschlechter- und Staatskonstruktionen und ihrer Transformation fruchtbar machen.

Das Geschlechterregime des kroatischen Souveränitätsdiskurses

Da sich der Umbau von Staatlichkeit in Kroatien und seinen postjugoslawischen Nachbarstaaten vor dem Hintergrund einer *post-conflict* Gesellschaft vollzieht, ist das Zusammenspiel von Staat und Geschlecht ebenfalls unter dem Aspekt der Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols und des Sicherheitsregimes zu betrachten. Insbesondere die diskursive Formulierung sowie die institutionelle Durchsetzung der Grenzen der in der Gesellschaft akzeptierten Gewaltverhältnisse erweisen sich eng mit weiteren Trennungsparadigmen verknüpft, u.a. jenem zwischen privat und öffentlich. Eine zentrale feministische Erkenntnis ist, dass die Grenze zwischen diesen beiden gesellschaftlichen Sphären sowie ihre geschlechtliche Kodierung keine feststehenden Parameter darstellen. Sie unterliegen historischen Veränderungen, die diskursiv in staatlichen, gesellschaftlichen sowie in Alltagspraxen erzeugt werden. Der Staat nimmt in der Festlegung dieser Grenzen insofern eine zentrale Rolle ein, als er nicht nur über das physische Gewaltmonopol, sondern zudem auch über ein „Monopol der legitimen symbolischen Gewalt" verfügt (Bourdieu 2014, 19). Die Setzungsarbeit des Staates erzeugt zugleich geschlechtliche Kodierungen legitimen und illegitimen Gewalthandelns, die sich in die Definition von Sicherheitsregimen einschreiben. Das Sicherheitsregime, das den kroatischen Staat seit dem Zerfall Jugoslawiens prägt, ist das der territorialen Souveränität. Rada Iveković hatte schließlich in ihren Analysen die enge diskursive Verbindung zwischen territorialen Grenzen und diskursiven Geschlechterkonstruktionen aufgezeigt. Zugleich ist seit dem ersten Machtwechsel im Jahr 2000 auch von Verschiebungen der diskursiven Grenzen im staatlichen Sicherheitsdiskurs auszugehen, die sich u.a. in der staatlichen Praxis widerspiegeln: angefangen von der Entlassung politisch agierender Generäle aus dem Dienst, die sich im Jahr 2001 öffentlich der Verfolgung von Kriegsverbrechern aus den Reihen der Kroatischen Armee (Hrvatska Vojska) entgegengestellt hatten, bis hin zur Aufhebung der Wehrpflicht (2007) und zum NATO-Eintritt (2009). Ob damit eine tiefreichende Demilitarisierung der kroatischen Gesellschaft und der Abbau einer Privilegierung protektionistischer Männlichkeitskonstruktionen verbunden sind, bleibt zugleich fraglich. Gründe für berechtigte Skepsis und Anzeichen einer Remilitarisierung finden sich aktuell in den seit Oktober 2014 andauernden Protesten von Kriegsveteranen auf Zagrebs Straßen wie auch in der hitzigen Debatte, die um die Feierlichkeiten geführt werden, die den Sieg der Kroatischen Armee über die serbischen Sicherheitskräfte jedes Jahr am 5. August in der Stadt Knin begehen (Wölfl 2015).

Wandlungen und Kontinuitäten im Geschlechterregime des Staates sind demzufolge auch an die Transformation von Sicherheitsdispositiven geknüpft, die gegenwärtig in einem Spannungsverhältnis nationalstaatlicher und neoliberaler Gouvernementalitäten stehen. Die letzten kroatischen Präsidentschaftswahlen, die am 15. Januar 2015 in der Stichwahl zwischen dem amtierenden Präsidenten Ivo Josipović (ehemals SDP)[5] und seiner Herausfordererin Kolinda Grabar-Kitarović (HDZ) zu ihren Gunsten entschieden wurden, lassen die Anpassung traditioneller Geschlechtercodes an aktuelle Transformationen von Staatlichkeit deutlich zu Tage treten. Seit dem knappen Sieg Grabar-Kitarovićs (50,7%) kann eine Kandidatin der HDZ, die sich als Partei des ersten Staatspräsidenten Franjo Tuđman als „staatsgründend" versteht, erstmals seit dem Tod Tuđmans im Dezember 1999 wieder das Amt des Staatspräsidenten besetzen. Allerdings kommt dem Amt des Staatsoberhauptes seit der Verfassungsänderung im Jahr 2000, die Kroatiens parlamentarische Demokratie stärken sollte, keine solch weitreichende Bedeutung zu wie noch unter der Präsidentschaft von Franjo Tuđman.

Dass gerade die Wahl des ersten weiblichen Staatsoberhaupts in Kroatien aus den Reihen der HDZ den ersten Schritt zum Ziel der Wiedererlangung politischer Macht für die seit 2012 in der Opposition befindliche nationalkonservative Partei darstellen könnte, erweist sich nur auf den ersten Blick als widersprüchlich. Die Ansprache, die Grabar-Kitarović nach dem errungenen Wahlsieg vor ihren Anhängern hielt, macht hingegen deutlich, in welcher Weise die Sichtbarkeit von Frauen sowie weibliche Handlungsmacht staatliche maskulinistische Strukturen stützen können. In ihrer Dankesrede, die sie noch am Wahlabend hielt, stellt sie zunächst die Verbundenheit mit der HDZ in den Vordergrund und verweist darauf, dass ihre Kandidatur auf ihre Förderung durch den Parteichef Tomislav Karamarko zurückgeht. Als zentral für ihre anstehende Arbeit als Präsidentin des kroatischen Staates hebt sie wiederholt die Werte der Partei, die nötige Kampfbereitschaft und die Verpflichtung hervor, dem kroatischen Volk innerhalb und außerhalb der Staatsgrenzen zu dienen (Grabar-Kitarović 2015).[6] Sie stellt den Bezug zur „Familie, Heimat, Liebe zur Heimat, zu unseren Emigranten, zum Glauben, zur Gemeinschaft" als wesentlich für ihre politische Tätigkeit heraus. Indem sie die fundamentale Rolle dieser Werte für die nationale Einheit bekräftigt, sieht sie darin die Garantie für ein zukünftiges besseres Leben und für einen Wohlstand, den sich das kroatische Volk verdient habe.

Was ihre Rede neben dem kämpferischen und zugleich bemüht beschwichtigenden Ton auszeichnet, ist die religiös geprägte Sprache, mit der sie etwa den Abend des Sieges als „gesegnete Nacht" tituliert oder den sozialen Zusammenhalt mit der Aufforderung beschwört, den Hilfsbedürftigen die „Hand zu reichen". Dabei erinnert die von ihr verwendete Rhetorik auch aufgrund der zeitlichen Nähe zum Jahreswechsel frappant an die Zeremonie der mitternächtlichen Weihnachtsmesse, in der die kommende Erlösung des Volkes als Glaubensgemeinschaft gefeiert wird.[7] Die Gläubigen reichen sich zudem in der Messe nach Aufforderung des Priesters zum Zeichen des Friedens die Hand. Indem sie ihre Ansprache auf die kulturellen Codes

der katholischen Kirche stützt, bedient sie sich nicht nur einer politischen Rhetorik, die von Franjo Tuđman geprägt wurde (Malenica 2012, 296), sondern erfüllt zudem die den Frauen traditionell zugewiesene Aufgabe, als Bewahrerin des kulturellen Gedächtnisses die Einheit der Nation zu sichern (Jambrešić Kirin 2008). Die Bestätigung in ihrer Rolle als einende Mutter erhält Grabar-Kitarović im Moment, in dem sie mit dem Satz „Dieser Staat, dieses Volk kann …" ihre Rede fortsetzen möchte und sie vom Refrain „Rufe, rufe nur, alle Falken werden für Dich ihr Leben lassen" des patriotischen Liedes „Oj hrvatska mati" (He kroatische Mutter), den die versammelten AnhängerInnen im Chor anstimmen, unterbrochen wird. Nachdem die Menge sie nicht fortfahren lässt, stimmt sie selbst lächelnd in den Gesang mit ein und dankt am Ende für die „patriotischen Worte". Das Lied, das bereits im Ersten Weltkrieg Soldaten als nationaler Weckruf gedient hatte, war von den kroatischen Sicherheitskräften in den 1990er-Jahren wiederentdeckt worden (Baker 2015). Mit der Einstimmung des Liedes wird auch heute noch die Opferbereitschaft der Söhne wie auch der Mütter des Landes für die nationale territoriale Einheit in Kroatien beschworen.

Grabar-Kitarović tritt hier zwar als Schutzpatronin aller Entrechteten in Kroatien auf, apostrophiert aber vor allem die Veteranen des Heimatkrieges (Domovinski rat), die seit Herbst 2014 in einem Zelt vor dem *Ministerium der Verteidiger* (Ministarstvo branitelja) für den Erhalt und die Ausweitung der sozialen Rechte der sog. Landesverteidiger (branitelji) demonstrieren und zugleich den Rücktritt der amtierenden Regierung fordern. In ihrer Rede unterstützt sie nicht nur die in der kroatischen Öffentlichkeit höchst umstrittene Blockadeaktion der Veteranen, sondern ruft zudem zu einer Rückbesinnung auf eine Politik der nationalen „Verteidigung und Sicherheit" auf. Mit der Verteidigung kroatischer Interessen und der Bekräftigung kroatischer Souveränität, was gemeinhin mit der Politik Tuđmans verbunden wird, richtet sie zugleich ihre Kritik gegen die Politik der amtierenden Regierung sowie ihres Vorgängers Ivo Josipović, die sich um Ausgleich und Kooperation mit den ehemals jugoslawischen Nachbarstaaten bemühten. Die neue Staatspräsidentin bekräftigt schließlich mit ihrer Rückbesinnung auf Tuđmans Politik der nationalen Souveränität eine Position der Stärke. Ihren beiden Amtsvorgängern Stipe Mesić und Ivo Josipović weist sie damit eine Position der Schwäche und folglich auch eine untergeordnete Männlichkeit zu. Mit diesem rhetorischen Brückenschlag zu den Gründervätern des Staates kommt sie im gleichen Zug auch den Forderungen der Veteranenverbände nach Sicherung ihrer politisch privilegierten Stellung nach: „Die Kroatische Armee soll diejenige sein, die als Garantin für unsere Sicherheit und Stabilität steht. Und ich garantiere Euch als Oberbefehlshaberin der Armee der Republik Kroatien, dass dies so sein wird". In dieser Programmatik für die Staatspräsidentschaft macht sie schließlich das aktuelle Parteiprogramm der HDZ, in dem der Parteichef Karamarko einen zweiten, nun ökonomischen „Heimatkrieg" („drugi Domovinski rat") ausrief (Hina 22.2.2015), auch zur Grundlage ihrer eigenen Amtsführung – trotz der Verpflichtung aus der Partei auszutreten.

Grabar-Kitarovićs Politik der Einheit, die sie mit der Stärkung der nationalen Sicherheit gleichsetzt, zeigt sich zudem als Vorstoß, die politischen Polarisierungen zu delegitimieren, die die Staatspräsidenten seit 2000 mit ihrer mehr oder weniger offenen Auseinandersetzung mit der eigenen Verantwortung für die Kriegsgewalt hervorriefen. Damit aktualisiert und modernisiert sie zugleich das Souveränitätsnarrativ, mit dem die Unabhängigkeit und Staatlichkeit Kroatiens begründet wird. In der von ihr wiederbelebten Meistererzählung schöpft der kroatische Staat seine Legitimation nicht nur aus einer historischen Konstruktion jahrtausendealter Staatlichkeit und einem damit verbundenen ‚ewigen' Wunsch des kroatischen Volkes nach politischer, von Fremdbestimmung befreiter Unabhängigkeit, sondern weiterhin auch aus der Bedrohung des kroatischen Volkes, anknüpfend an den politischen Diskurs des jugoslawischen Zerfallsprozesses (Jalušič 2004). Im Zentrum des hier gezeichneten Bedrohungsszenarios, das die staatliche Souveränität Kroatiens gefährdet sieht, steht schließlich auch die kroatische Familie, mit ihren ethnisch kodierten sowie katholisch begründeten Wertvorstellungen. Die Konstruktion einer engen Verbindung zwischen Staat und Familie, die seit den 1990er-Jahren das politische Denken prägt, indem die Familie zum Hort kroatischer Kultur und Moral sowie zum zentralen Bezugspunkt kroatischer Sicherheitspolitik erklärt wurde (z.B. Vukasović 1994), erhält nun eine Redefinition. Als Nebeneffekt der seit 2000 gestärkten kritischen Öffentlichkeit und des feministischen Diskurses, die u.a. die Rechte sexueller Minderheiten in Kroatien verbesserte, sowie des EU-Integrationsprozesses erweist sich, dass nun nicht mehr zuvorderst männliche Akteure eine maskulinistisch-militarisierte Staatlichkeit mit Hilfe traditioneller Familienmodelle stützen. Es sind nun vermehrt Frauen, die als aktive politische Akteurinnen die Rolle der konservativen Vorreiterin übernehmen und auch eine gesellschaftliche und praktische Anerkennung für ihren Kampf für die Nation einfordern.

Der von Franjo Tuđman als Vater der Nation (otac domovine) begründete politische Bruderbund der Staatsgründung legitimierte sich sowohl aus der kollektiven Erfahrung der Kriegsbedrohung als auch aus der Gewissheit, unter der Schutzmacht des Vaters zu stehen. Die gegenwärtige Erneuerung des Bruderbundes durch eine Mutterfigur bestätigt einerseits die kulturellen Traditionen der kroatischen Gesellschaft, in der die Mutter ihre Söhne verteidigt und in ihrer Männlichkeit bestätigt. Andererseits wird so der Bruderbund aus der Bindung an eine über dem Gesetz stehende, autoritäre Vaterfigur symbolisch herausgelöst. Auf diese Weise kann Tomislav Karamarko als Erneuerer der HDZ die politische Gleichheit neu begründen, die zuvorderst auf eine Gleichheit innerhalb der ethnisch-nationalen Gemeinschaft abzielt. Politische Staatsbürgerschaft und politische Subjektivierung bleiben im diskursiven Kontext des in Kroatien vorherrschenden Öffentlichkeitsregimes *der Souveränität* (Malenica 2015) an eine verteidigungsmächtige, zugleich von Frauen aktiv gestützte protektionistische Männlichkeit gebunden. Grabar-Kitarović erneuert mit ihrem Bezug auf die Sicherheitspolitik sowohl das Geschlechterregime als auch das ethnische Regime der Staatsgründung und passt sie zugleich dem suprastaatlichen

Kontext der EU an. Dies zeigt sich z.B., wenn sie in ihrer Rede der Bedeutung eines weitreichenden Minderheitenschutzes in Kroatien explizit Nachdruck verleiht, um im Nachsatz eine ebensolche Wahrung der Rechte der kroatischen Minderheit in den Nachbarländern einzufordern. Das hier von der ersten Frau im Staat repräsentierte nationalkonservative Geschlechter- und ethnische Regime generiert schließlich eine kroatische Staatlichkeit, in der das konfliktreiche Spannungsverhältnis zwischen einer nationalstaatlichen, einer suprastaatlichen sowie einer globalen neoliberal formulierten Wettbewerbsmännlichkeit im *modernen* Familialismus des kroatischen Nationalstaates aufgelöst wird.

Zusammenfassung

Fünfundzwanzig Jahre nach den ersten Mehrparteienwahlen, an welchen auch Frauen in Kroatien zur Wahlurne gehen konnten, sieht sich die feministische Staatsanalyse vor der Herausforderung, mit einem adäquaten theoretischen Zugang sowohl die Transformation von Geschlechterverhältnissen als auch von ethnonationaler postsozialistischer Staatlichkeit in ihren ambivalenten Effekten zu beschreiben und zu erklären. Die feministische Staatskritik, die im Zuge des jugoslawischen Zerfallsprozesses u.a. von Rada Iveković formuliert wurde, bediente sich zwar einem aus der poststrukturalistischen Theorie entwickelten Zugriff auf den Nationalstaat als symbolische Ordnung. Gleichzeitig erweist sich dieser theoretische Zugang, der auf das universalistische Fundament nationalstaatlichen Denkens abhebt, weder für die Erklärung von Transformationsprozessen noch für das Verständnis von individuellen Subjektivierungsprozessen ausreichend. Gerade die kritische Analyse der Einschreibung von Männlichkeiten in eine von suprastaatlichen und globalen Einflüssen geprägte Staatlichkeit bedarf vielmehr eines Staatsbegriffs, der den Staat nicht als souveräne Einheit denkt. Mit Hilfe des diskurstheoretischen Blicks und der Rückbindung an individuelle Praxen kann vielmehr die Mehrdimensionalität der Beziehung von Staat und Geschlecht herausgearbeitet werden. Die Wissensproduktion im politischen Diskurs ist nur eine dieser Ebenen, die auf die Transformation von Geschlechterkonstruktionen und von Staatlichkeit einwirkt. Wie am Beispiel der Siegesrede der neuen kroatischen Staatspräsidentin Grabar-Kitarović zu sehen war, kann sie mit Hilfe spezifischer Staats- und Familienbilder den Anspruch auf politische Führungsmacht nicht nur für sich, sondern auch für ihre Partei HDZ unterstreichen. Dabei wird deutlich, wie die von feministischer Seite attestierte postsozialistische Retraditionalisierung und Remaskulinisierung des Politischen unter veränderten Anforderungen an Staat, Staatlichkeit und Geschlechterkonstruktionen eine Anpassung und damit, wenn man so will, eine Modernisierung erfahren. Aufgabe kritischer feministischer Staatstheorie bleibt es daher, einen Begriffsapparat zu entwickeln, mit dem sowohl die darin verborgene Hervorbringung neuer sozialer Ungleichheiten benannt als auch eine emanzipative politische Praxis denkbar gemacht werden kann. Vor dem Hintergrund europäischer und globaler Krisen erweist

sich eine feministische Auseinandersetzung mit postsozialistischer Staatlichkeit als kritische Intervention in aktuelle Krisendiskurse notwendig, die es einerseits vermag, den Staat als Ort sich wandelnder Herrschafts- und Geschlechterverhältnisse zu fassen und andererseits zur Analyse staatlich gestützter maskulinistischer Sicherheitsregime beizutragen.

Anmerkungen

1 Dubravka Žarkov merkt in ihren Studien kritisch gegenüber dem feministischen Diskurs an, dass zum einen auch Männer Opfer von sexualisierter Gewalt und damit von Vergewaltigungen wurden und zum anderen, dass ebenso Frauen als Soldatinnen Teil an der Kriegsgewalt Teil hatten (Žarkov 2007).

2 Erste Ansätze, die in diese Richtung weisen, finden sich ebenfalls bei Žarkov, wenn sie darauf verweist, dass Männer als Opfer sexualisierter Gewalt oder als Deserteure auf kein gesellschaftlich anerkanntes Narrativ zurückgreifen können (ebd.). Auch die Studie von Michaela Schäuble weist in diese Richtung. Sie zeigt anhand biografischer Erfahrungen junger Veteranen auf die unter zivilen Umständen brüchige Konstruktion männlicher Wehrhaftigkeit (Schäuble 2014).

3 Eine aktuelle vergleichende Studie zur politischen Repräsentation von Frauen in Kroatien, Serbien, Montenegro, Makedonien und Bosnien-Herzegowina zeigt zum einen, dass sich der Anteil von Frauen seit den ersten Mehrparteienwahlen, die noch im jugoslawischen Staatenverbund stattfanden, in allen nun souveränen Republiken in der Zwischenzeit deutlich erhöht hat. Zum anderen verweist die Autorin darauf, dass der darin zu Tage tretende Erfolg der NGOs in seiner Effektivität beschränkt bleibt (Omanović 2015).

4 Für eine marxistische Kritik am patriarchalen Staat aus jugoslawischer Perspektive steht insbesondere die feministische Lektüre von Hegel und Marx bei Blaženka Despot (1987).

5 Analog zu Deutschland ist auch in Kroatien die Erfüllung des Staatspräsident_innenamts an die Parteilosigkeit geknüpft.

6 Die folgenden Zitate sind aus der Videoaufzeichnung der Siegesrede transkribiert, die im Internet auf der Seite der Wahlkampagne von Kolinda Grabar-Kitarović einzusehen ist.

7 Im kirchlichen Duktus wird die Bezeichnung Volk (narod) verwendet und ist dadurch natürlich auch für eine semantische (Um)Deutung als politisches und ethnisches Volk offen.

Literatur

Baker, Catherine, 2015: Political Musical Theatre: Kolinda Grabar-Kitarović, Croatian Patriotic Music and Narratives of National Regeneration. In: balkanist, 17.1.2015. Internet: balkanist.net/political-musical-theatre-kolinda-grabar-kitarovic-croatian-patriotic-music-and-narratives-of-national-regeneration/ (31.07.2015).

Bianchini, Stefano, 1998: The Idea of State in Post-Communist Balkan Societies. In: Ders./Schöpflin, George (Hg.): State Building in the Balkans. Dilemmas on the Eve of the 21st Century. Ravenna, 53-80.

Bourdieu, Pierre, 2014: Über den Staat. Frankfurt/M.

Despot, Blaženka, 1987: Žensko pitanje i socijalističko samoupravljanje. Zagreb.

Grabar-Kitarović, Kolinda, 15.1.2015: Pobjednički govor prve hrvatske predsjednice. Video im Internet: www.kolinda.tv (09.04.2015).

Hina, 2015: Karamarko Prgometu: „Ja s radikalnom retorikom nastavljam: Treba nam drugi Domovinski rat – za radna mjesta i bolji život!". In: Jutarnji list, 22.2.2015. Internet: www.jutarnji.hr/karamarko-prgometu--ja-s-radikalnom-retorikom-nastavljam--hrvatskoj-treba-drugi-domovinski-rat--/1300043/ (22.02.2015).

Iveković, Rada, 1993: Women, Nationalism and War: 'Make Love, Not War'. In: Hypatia. 8 (4), 113-126. http://dx.doi.org/10.1111/j.1527-2001.1993.tb00280.x

Iveković, Rada, 2001: Geschlechterdifferenz und nationale Differenz. In: Mouffe, Chantal/Trinks, Jürgen (Hg.): Feministische Perspektiven. Wien, 140-157.

Iveković, Rada/**Mostov**, Julie, 2002: Introduction. From Gender to Nation. In: Dies. (Hg.): From Gender to Nation. Ravenna, 9-26.

Jalušič, Vlasta, 1992: Zurück in den „Naturzustand"? Desintegration Jugoslawiens und ihre Folgen für die Frauen. In: Feministische Studien. 10 (2), 9-21.

Jalušič, Vlasta, 2004: Gender and Victimization of the Nation as Pre- and Post-War Identity Discourse. In: Seifert, Ruth (Hg.): Gender, Identität und kriegerischer Konflikt. Das Beispiel des ehemaligen Jugoslawien. Münster, 40-67.

Jambrešić Kirin, Renata, 2008: Dom i svijet. Zagreb.

Jambresić Kirin, Renata/**Škokić**, Tea (Hg.), 2004: Između roda i naroda. Etnološke i folklorističke studije. Zagreb, 299-322.

Kesić, Vesna, 1994: Od štovanja do silovanja ili od Majke domovine do hrvatske „posrnule žene". In: Kruh i ruže 1, 10-13.

Kreisky, Eva, 1996: Vom patriarchalen Staatssozialismus zur patriarchalen Demokratie. Der politische Systemwechsel in Osteuropa aus der Gender-Perspektive. In: Dies. (Hg.): Vom patriarchalen Staatssozialismus zur patriarchalen Demokratie. Wien, 7-22.

Leinert Novosel, Smiljana, 2001: Politika Sabora prema „ženskom pitanju". In: Kasapović, Mirjana (Hg.): Hrvatska poliitka 1990-2000. Zagreb (Biblioteka Politička misao, Hrvatska politologija 1), 199-219.

Löffler, Marion, 2011: Feministische Staatstheorien. Eine Einführung. Frankfurt/M., New York.

Ludwig, Gundula, 2009: Geschlecht regieren. Zum Verhältnis von Staat, Subjekt und heteronormativer Hegemonie. Frankfurt/M., New York.

Malenica, Brigita, 2012: Topoi hegemonialer Männlichkeit als narratives Fundament von Staat und Staatlichkeit der Republik Kroatien. In: Grigore, Mihai-D./Dinu, Radu Harald/Živojinović, Marc (Hg.): Herrschaft in Südosteuropa. Kultur- und sozialwissenschaftliche Perspektiven. Göttingen, 269-304.

Malenica, Brigita, 2015: Staat. Geschlecht. Öffentlichkeit. Feministische Wissensproduktion und Staatskritik in Kroatien. Universität Wien. Unveröffentlichte Dissertation.

Omanović, Anesa, 2015: Zastupljenost žena u politici. Istraživanje Hrvatska, Srbija, Crna Gora, Makedonija i BiH. Sarajevo. Internet: infohouse.ba/doc/Zastupljenost-zena-u-politici.pdf (25.08.2015).

Pringle, Rosemary/**Watson**, Sophie, 1992: "Women's Interests" and the Post-Structuralist State. In: Michèlle Barrette/Anne Phillips (Hg.): Destabilizing Theory. Contemporary feminist debates. Stanford, Cal., 53-73.

Sauer, Birgit, 2001: Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte. Frankfurt/M.

Sauer, Birgit, 2008: Von der Freiheit auszusterben. Neue Freiheiten im Neoliberalismus? In: Bidwell-Steiner, Marlen/Wagner, Ursula (Hg.): Freiheit und Geschlecht. Offene Beziehungen, Prekäre Verhältnisse. Innsbruck, Wien et al., 17-31.

Schäuble, Michaela, 2014: Narrating Victimhood. Gender, Religion and the Making of Place in Post-War Croatia. New York, Oxford.

Scholz, Sylka/**Willms**, Weertje, 2008: Postsozialistische Männlichkeiten in einer globalisierten Welt. Zusammenfassung und Diskussion. In: Dies. (Hg.): Postsozialistische Männlichkeiten in einer globalisierten Welt. Berlin/Wien, 231-256.

Špehar, Andrea, 2007: How Women's Movements Matter. Women's Movements' Strategies and Influence on Gender Policy Formation in Post-communist Croatia and Slovenia. Göteborg.

Vukasović, Ante, 1994: Obnova obitelji – temelj hrvatskog napretka. In: Revija za socijalnu politiku. 1(4), 365-274. http://dx.doi.org/10.3935/rsp.v1i4.564

Walby, Sylvia, 2000: Gender, nations and states in a global era. In: Nations and Nationalism. 6 (4), 523-540. http://dx.doi.org/10.1111/j.1354-5078.2000.00523.x

Wölfl, Adelheid (2015): 20 Jahre nach „Operation Sturm" feiert Kroatien Sieg statt Frieden. In: Der Standard, 4.8.2015. Internet: derstandard.at/2000020184670/20-Jahre-nach-Operation-Sturm-feiert-Kroatien-Sieg-statt-Frieden (25.08.2015).

Žarkov, Dubravka, 2007: The Body of War. Media, ethnicity, and gender in the break-up of Yugoslavia. Durham/London.

Geschlechterfragen an der Schnittstelle. Verortungen feministischer Polonistik im postsozialistischen Gesellschaftsdiskurs

NINA SEILER

Mit der Transformation von 1989 in Polen geht eine politische und gesellschaftliche Destabilisierung einher. Infolge einschneidender Veränderungen im sozialen Bereich und als Versuch einer gesellschaftlichen Normalisierung richtet sich der öffentliche Diskurs verstärkt an sogenannt traditionellen Geschlechterrollen aus, was zu einer Politisierung des Geschlechts führt.[1] Dem weiblichen Geschlecht wird verstärkt die Funktion der Mutter und Erzieherin zugeschrieben, während weibliche Lohnarbeit im Zuge neoliberaler Umformungen verdrängt wird (Walczewska 2005, 6-15). Parallel zu konservativen Diskursen engagieren sich polnische Frauen vermehrt für ihre Rechte, was zur Bildung einer gewissen Emanzipationsbewegung führt (Fuchs 2003, 143f.). Das politisch aktive feministische Milieu wird sekundiert durch ein wachsendes Interesse an Geschlechterfragen im akademischen Bereich. Forscherinnen, oft mit Auslandsaufenthalten im Hintergrund, bilden die Verbindungsstelle zu westlichen Theoriediskursen (Fuchs 2003, 119f.; Limanowska 2005, 111). Die feministische Polonistik[2] gelangt durch die Beschäftigung mit dem für die nationale Gemeinschaftsidee relevanten Element der heimischen Literatur zu einer prominenten Rolle – neben etwa der Amerikanistik – in der Entwicklung der Geschlechterforschung in Polen. Deshalb ist es aufschlussreich, die polonistischen Texte dahingehend zu untersuchen, wie sie die Diskussion um das Geschlecht (wie-